

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/008/2005
vom 08.03.2005

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster



Antrag

08.03.2005

Münzstraße 15
48143 Münster
Telefon 02 51 49 14
Telefax 02 51 51 17 50
E-Mail spdfraktion@muenster.de

Ein Jugendparlament für Münster

Der Rat möge beschließen:

1. Die Stadt Münster richtet ein Jugendparlament ein, für das Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs aktiv und passiv wahlberechtigt sind. Es soll die Interessen der Jugendlichen in Münster gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit vertreten.
2. Das Jugendparlament wird im Rahmen eines dreijährigen Modellversuchs eingeführt. Seine Amtszeit beträgt ein Jahr. Vor Ablauf der drei Jahre wird auf Basis eines Evaluationsberichtes über die dauerhafte Einrichtung eines Jugendparlamentes vom Rat entschieden.
3. Es wird angestrebt, dass das Jugendparlament möglichst weitgefassete Rechte und Einflussmöglichkeiten erhält. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag für eine angemessene Kompetenzabgrenzung zu erarbeiten.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Wahlmodus zu erarbeiten, der eine ausgewogene Repräsentation von Schülerinnen und Schülern verschiedener Altersgruppen und Schulformen im Jugendparlament gewährleistet.

Begründung:

In Münster haben junge Menschen in zahlreichen offenen Beteiligungsangeboten die Möglichkeit, sich aktiv einzubringen. Offene Beteiligungsprojekte allein reichen nicht aus, um die Beteiligung von Jugendlichen an den Entscheidungen in der Kommune zu gewährleisten. Vielmehr bedarf es ergänzend repräsentativer Beteiligungsformen. So kann gewährleistet werden, dass die Interessen Jugendlicher bei möglichst vielen Entscheidungen in der Stadt besser berücksichtigt werden. Repräsentative wie offene Beteiligungsformen stehen nicht in Konkurrenz zueinander, sondern sollten sich sinnvoll ergänzen.

Im Kommunalwahlrecht gibt es eine zeitliche Lücke bei der Ausübung des aktiven und des passiven Wahlrechts. Während das aktive Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt worden ist, ist das passive Wahlrecht nach wie vor an die Vollendung des achtzehnten Lebensjahrs geknüpft. Daher muss die Entscheidung getroffen werden, welche Altersgrenze sinnvoller Weise für die passive Wählbarkeit des Jugendparlaments festgesetzt wird. Mit der Einrichtung eines Jugendparlamentes verfolgen wir das Ziel, eine direktere Beteiligung an kommunalen Entscheidungen zu gewährleisten. Die sechzehn- und siebzehnjährigen Jugendlichen können zwar bei Kommunalwahlen bereits wählen, aber der Weg in die kommunalen Parlamente bleibt ihnen versperrt.

Daher ist es sinnvoll, allen Jugendlichen bis zur Vollendung des achtzehnten Lebensjahres die Möglichkeit zu geben, sich in das Jugendparlament wählen zu lassen.

Angesichts der Probleme, die im Zusammenhang mit Jugendparlamenten entstehen können, wird das Jugendparlament im Rahmen eines Modellversuchs eingerichtet. Dabei ist jedoch auch darauf zu achten, dass es auch ausreichend Zeit braucht, sich zu etablieren. Bei einer zur kurzen Probezeit wären Startschwierigkeiten und strukturelle Probleme in der Betrachtung nur schwer voneinander zu trennen.

Bei der Vorbereitung des Modellversuchs sollte die Verwaltung auf Erfahrungen, die in anderen Kommunen gemacht wurden, zurückgreifen und sie mit einfließen lassen. Insbesondere sollte sichergestellt werden, dass das Jugendparlament tatsächlich die Jugendlichen in Münster repräsentiert. Daher sollte die Verwaltung einen Wahlmodus entwickeln, der gewährleistet, dass unterschiedliche Altersgruppen bzw. Schülerinnen und Schüler verschiedener Schulformen angemessen repräsentiert werden. Nach Ende des Modellversuchs soll die Verwaltung über die in Münster gemachten Erfahrungen berichten. Im Anschluss ist im Rat über die Fortführung zu entscheiden.

Bei der Konzeption des Jugendparlaments ist darauf zu achten, ihm möglichst weitgefassete Rechte und Einflussmöglichkeiten einzuräumen. Der Erfolg hängt nämlich nicht zuletzt davon ab, dass junge Menschen mit der Überzeugung in das Jugendparlament gehen, selbstständig konkrete Entscheidungen treffen zu können. Nur die Möglichkeit – in einem sinnvoll gesteckten Rahmen – selbst politisch gestalten zu können, wirkt aktiv Politikverdrossenheit bei jungen Menschen entgegen.

Alexander Bercht
Wolfgang Heuer
Anika Bergner
Beanka Ganser
Philipp Gabriel
Anne Hakenes

Marianne Hopmann
Ralf Hubert
Michael Jung
Marianne Koch
Gaby Kubig-Steltig
Kurt Pölling

Karsten Rahn
Udo Reiter
Moritz von Schmeling
Anne Schulze Wintzler
Joachim Tonn
Beate Vilhjalmsson
Holger Wigger